blick punkt

Nr. 229
Januar 1990

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Es geht wieder los!

Mehr Banken als Bänke gibt es in Frankfurt. Hier ist das "große Geld" zuhause. Die Tresore sind gefüllt. Der Superflughafen wächst.
Der alte CDU-Magistrat träumte schon von einem Frankfurt, das mit London, Tokio und New York konkurrieren kann. Die Rosa-Grüne-Koalition will die Schwarzen nun noch übertreffen.
So der Frankfurter SPD-Planungsdezernent Martin Wentz. Er stellte seine Jahrhundertidee, die "Großgemeinde Frankfurt" vor. Nach Berliner Beispiel, mit selbständigen Bezirken könne man die verwaltungsmäßige Neuordnung angehen.
Mörfelden-Walldorf, Kelsterbach - unter dem Dach der Mainmetropole? Eingemeindung nennt man so was, aber "Bankfurt" könnte noch stärker werden, so die Wentz-Idee.
Nach energischen Protesten wurde der Versuchsballon erst einmal ein wenig runtergezogen. Trotzdem sollten wir uns illusionslos Hintergründe und Triebkräfte betrachten.
Die Rhein-Main-Ballung soll weiter wuchern. Die Kapitalkonzentration erfolgt überwiegend zu Lasten anderer Regionen und den Ländern der Dritten Welt. Wen juckts?
Fast jeder neue Arbeitsplatz, der im Ballungsgebiet entsteht, geht in den benachteiligten Regionen verloren bzw. entsteht dort nicht. Dafür gibt es einen treffenden Begriff: regionaler Egoismus. Auch das kein Thema für Wentz. Man merkt, auch die rosa-grüne Römermehrheit ist dieser egoistischen Wachstumsphilosophie verbunden. Die sozialen und ökologischen Probleme des Umlandes werden dabei kaum beachtet. Man merkt das auch an anderen Dingen. Da gibt es z.B. keine Gesprächsbereitschaft im Römer, wenn es um den weiteren Ausbau des Flughafens geht.
Was soll man da reden, denken die neuen Römer-Herren, mit den "Dorfpolitikern" im Umland, wir bauen schließlich an einer Metropole von Weltrang.

Daß sie sich da mal nicht verkalkulieren. In Zeitungen der Jahre 1973/74 nachblätternd, kann man erfahren, wie hoch die Wellen damals schlugen. Auch damals ging es um Eingemeindung, Mehrzweckpflichtverband, um Möller-, Dregger-, Bielefeld- und andere Pläne.
Von den damaligen Auseinandersetzungen kann man lernen, ein paar Kommunalpolitikerproteste reichen nicht um den Widerstand zu formieren. Da sind alle Bürgerinnen und Bürger und die kommunalen Parlamente gefordert.

Rudi Hechler

In eigener Sache

Den "blickpunkt" gibt es in Mörfelden seit 1969. Zweihundertachtundzwanzig Ausgaben haben wir seitdem herausgebracht. Auch der Walldorfer "blickpunkt" ist mittlerweile 175 Mal erschienen. Die DKP-Stadtzeitung ist tatsächlich zu einer "beachteten Institution" geworden, wie es Bürgermeister Brehl einmal formulierte. In unserer Eigenwerbung schrieben wir oft: "Der blickpunkt, die kleine Zeitung mit der großen Wirkung!" Wer die örtliche Szene kennt, wird diesen Slogan bestätigen.

Seit der ersten Ausgabe haben wir mehrmals das Äußere der Zeitung verändert - so auch jetzt am Anfang des Jahres 1990. Diesmal ist die Änderung allerdings tiefgreifender. Ab sofort legen wir nämlich die Mörfelder und Walldorfer Ausgabe zusammen. Das war übrigens schon lange im Gespräch. Die gemeinsame Ausgabe erscheint aber weiterhin monatlich. Allerdings können wir die Serie über die Mörfelder Vereine vorerst nicht mehr fortsetzen.

Mit der Gesamtausgabe von 12.000 Exemplaren vereinfachen wir die Redaktionsarbeit und können Kosten senken. Finanzierungsprobleme haben wir trotzdem und das seit der allerersten Ausgabe. Leider mußten wir von Anfang an jede "blickpunkt"-

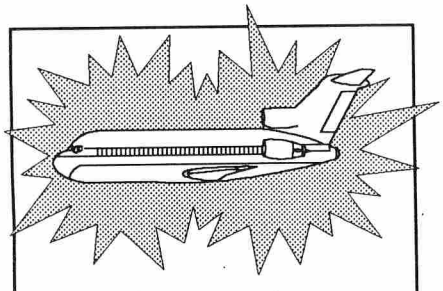
(Fortsetzung S.2)

(Fortsetzung von S.1)

Rechnung selbst bezahlen. In der Zeit zwischen 1985 und 1989, als es keine Sitzungsgelder für eine DKP-Fraktion gab, war dies oft mehr als kompliziert.

Schwierig kann es auch jetzt werden, da die DKP Mörfelden-Walldorf einige Mitglieder verloren hat und die Beiträge fehlen. Da wir aber den "blickpunkt" weiterhin monatlich herausgeben wollen, und da diese Zeitung ein Forum für alle Linke sein soll, brauchen wir Hilfe. Wir brauchen wieder Anzeigen und wir brauchen Spenden. Dabei kam uns auch die Idee einen "blickpunkt"-Förderkreis einzurichten. Wem also daran liegt, daß der "blickpunkt" weiterhin monatlich erscheint, der sollte überlegen, ob er nicht einen Spenden-Dauerauftrag macht.

Wenn Sie wollen, daß die linke Opposition mit ihrem "blickpunkt" auch künftig die örtliche Szenerie und die Politik der Rathausparteien beleuchtet, dann merken Sie sich die auf jeden Fall die Nummer des "blickpunkt"-Kontos: 900 3419 bei der Kreissparkasse!



Immer mehr Krach am Himmel! Am Tag - in der Nacht.

Sofort reagieren - nicht aufhören zu protestieren -

Fluglärm-Beschwerdestelle anrufen:

069/6902200

Eine wichtige Nummer:

9003419

Mach mit im "blickpunkt"-Förderkreis!

Spenden für den "blickpunkt": Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr.9003419, BLZ 50852553

Die DKP in der Krise

Viele Mitglieder haben in der Bundesrepublik unsere Partei verlassen, auch in unserer Stadt gibt es Austritte.

Die Gründe sind vielfältig. Sie liegen bei uns selbst, sie liegen vor allem aber im Scheitern des administrativen Modells des Sozialismus. Heute sehen wir, z.B. an der Entwicklung in der DDR, daß die Alleinherrschaft einer Partei und die Alleinherrschaft einer Führung zu den bekannten Fehlentwicklungen geführt hat. Eine Partei, die anstelle des Volkes denken und handeln will, ist von der Geschichte überholt. Von diesen alten Vorstellungen muß man sich verabschieden. (Dies gilt übrigens für alle Gesellschaftsordnungen und für alle Politikebenen.)

Die dramatischen Entwicklungen in den letzten Wochen sind, nicht nur für Kommunisten, Quellen immer neuer Zweifel. Uns schmerzen die Ereignisse sehr.

Wenn unter dem Namen "Sozialismus" wie in Rumänien Blutbäder angerichtet werden oder Menschen in bitterer Armut leben müssen, dann trifft uns das wahrscheinlich mehr, als andere politischen Kräfte hier im Land.

Dazu kommt, daß die Ereignisse, von Kohl, Dregger, Streibl und anderen genutzt werden, um die deutsche Einheit auf kapitalistischer Grundlage in den Grenzen von 1937 anzustreben. Dieser Rechtsentwicklung hat die DKP aber auch die übrige Linke z.Zt. wenig entgegenzusetzen.

Eine Neuformierung der DKP, ein Aufbruch der Linken, der sozialistischen Bewegung ist kompliziert aber notwendig.

Wenn die linke und demokratische Bewegung schwach ist, gibt es Platz für die Rechten. Dies gilt für die Bundesrepublik und für Europa.

Noch ist es möglich, daß "Neues Denken", wie es die Sowjetunion vorschlägt, Platz greift, daß sich das Prinzip der Kooperation anstelle der Konfrontation weltweit durchsetzt. Nur wenn in den 90er Jahren Abrüstung zur alles beherrschenden Politik wird, können die Menschheitsprobleme gelöst werden.

Zu einer solchen Politik wollen wir beitragen und dafür werden auch morgen Kommunisten gebraucht.

KURZ NOTIERT

Freundlichkeiten

Manche Sachen erfährt man erst ziemlich spät. Aber aufschlußreich sind sie trotzdem.

So mußte Hessens Justizminister auf Anfrage des Abgeordneten v. Plottnitz (Grüne) jetzt zugeben, daß es 1982 eine Arbeitsgruppe gab, die sich um eine Schulung der Polizeibeamten im "forensischen" (gerichtlichen) Bereich kümmerte. Es ging um eine bessere Schulung, damit Beamte von der Befragungstechnik der Prozeßbeteiligten nicht überrascht würden.

Und noch etwas konnte man erfahren. Die FAG spendet und spendet und spendet ... wir wissens ja. Zum Beispiel für 1.500 DM Trikots für die Rüsselsheimer Polizei. Die Groß-Gerauer Polizei erhielt Sachspenden für 1.578,95 DM. Noch jemand da, den man vielleicht wieder gebrauchen kann?

Stauberei

Der Flughafen-Chef Dr. Horstmar Stauber sagts deutlich. Die Kurve des seit 1983 anhaltenden Booms steige immer steiler. Hatte man für das Jahr 2000 rd. 70.000 Mitarbeiter und eine Verdoppelung des Luftverkehrs errechnet, so sei dies mittlerweile alles veraltet. "Es gibt einen ungetrübten Aufwärtstrend", meinte Stauber und, "wir haben 438 Betriebe - der Flughafen hat alles, was eine Stadt hat - außer einem Friedhof."

Na also - die Friedhöfe haben wir dann im Umland. Dann stimmt ja wieder alles.

Sofie Haag 75

Fünfundsiebzig ist sie geworden unsere Genossin Sofie. Fünfundsiebzig - und vital, aktiv, optimistisch. Geschenke wollte sie nicht zum Geburtstag, höchstens Spenden für den "blickpunkt", für die örtliche politische Arbeit.

1500 DM kamen zusammen. Wir freuen uns darüber!

Bei der Feier waren viele Freunde aus anderen Organisationen, der Friedens- und Startbahnbewegung anwesend.

Friedl Küspert, vom Vorstand der DKP (unser Foto), gratulierte herzlich und überbrachte Grüße und Glückwünsche von den Mitgliedern der DKP und vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Überfällig

In Mörfelden-Walldorf hat sich ein Arbeitskreis der Elternbeiräte gegründet, der die Einrichtung einer Gymnasialen Oberstufe an der Bertha-von-Suttner-Schule zum Schuljahr 1991/92 fordert.

Die DKP in Mörfelden-Walldorf unterstützt diese Forderung, die eigentlich seit 1972 überfällig ist, denn schon bei Eröffnung der Gesamtschule sah das Konzept vor, daß in dieser Schule auch die Hochschulreife erlangt werden kann.

Junge, Junge

Auf die auch in Geheimdienstkreisen umstrittene SPIEGEL-Veröffentlichung über eine angebliche SED-DKP Militärorganisation reagierte die örtliche CDU mit einem Dringlichkeitsantrag. Darin wird der Magistrat aufgefordert, bei den zuständigen Stellen Informationen zu erlangen, ob auch Mörfelder und Walldorfer Kommunisten Mitglieder dieser Militärorganisation waren und fragt den Magistrat nach Konsequenzen, die dieser ziehen soll, um die "Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und Einrichtungen unseres Gemeinwesens zu gewährleisten." Mörfelder und Walldorfer Bürger, die unsere Partei und ihre Mitglieder kennen, können über eine solche Unverfrorenheit nur den Kopf schütteln. Man kann diesen Dringlichkeitsantrag wohl nur der bevorstehenden Karnevalszeit anlasten und mit gleicher närrischer "Waffe" zurückschießen. Wir stellen daher folgenden Dringlichkeitsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf möge beschließen:

Der Magistrat setzt sich unverzüglich mit den zuständigen Stellen des Kreises, Landes und Bundes in Verbindung, um Informationen darüber zu erlangen, ob

1) die Berichterstattung des "stern" 4/1990 zutrifft, wonach der ehemalige Frankfurter OB Wallmann (CDU) und andere hochrangige CDU-Mitglieder Kenntnis von der Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Unterwanderung der Frankfurter Stadtverwaltung hatten,

2) wenn ja, ob den zuständigen Stellen Informationen vorliegen, ob Mitglieder der CDU aus Mörfelden-Walldorf ebenfalls Kenntnis von dieser kriminellen Vereinigung hatten,

3) falls ja zu Punkt 2, welche Konsequenzen der Magistrat daraus ziehen wird, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und Einrichtungen unseres Gemeinwesens vor der Unterwanderung durch diese kriminelle Vereinigung zu gewährleisten.

Stadt läßt Wohnraum vergammeln

Das völlig intakte Bad des Hauses Langstraße 88 in Walldorf.

Man soll vor der eigenen Tür kehren, sagt das Sprichwort.
Während im Fernsehen die Bilder von zerfallenem Wohnraum in Leipzig flimmern und sich Fernsehkommentatoren um die Herkunft der Wasserhähne in führenden Haushalten der DDR sorgen, gerät so manchem die hiesige Wirklichkeit aus dem Blick: In unserer Stadt gibt es mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger, die eine Wohnung brauchen, dabei viele Dringlichkeitsfälle, die liebend gerne eine Wohnung mit Leipziger Innenstadt-Standard nehmen würden - auch zu hiesigen Mieten - wenn es denn nur welche gäbe.

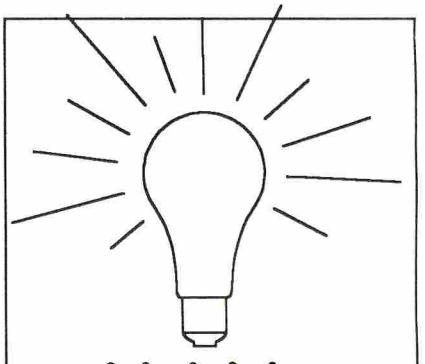
Die Antwort unserer SPD-Stadtoberen: sie lassen mitten in Walldorf städtischen Wohnraum vergammeln.

Zum Beispiel Langstraße 88.

Das Haus steht leer, und das nicht erst seit heute. Die Läden sind geschlossen, das Haus verwahrlost. Ein Fenster steht offen, Regen dringt ein, der Strom ist eingeschaltet, und aus dem städtischen Wasserhahn im Klo läuft städtisches Wasser auf Kosten der Allgemeinheit. Die Garage ist eine Müllkippe, und im Briefkasten vermodern die Sperrmüllinformationen des hauptamtlichen grünen Stadtrates Treber, der laut "Frankfurter Rundschau" vom 18. Januar gerade damit beschäftigt ist, über den Abriß von illegalen Gartenhütten nachzudenken.
Der Eigentümer des "gepflegten Anwesens", das einem normalen Bürger schon längst eine Anzeige des Ordnungsamtes eingebracht hätte, die Stadt Mörfelden-Walldorf, möchte das Gebäude am liebsten abreißen, wg. Parkplätze.
Ein Lokaltermin der DKP-Fraktion ergab: Die Bausubstanz ist in Ordnung, das Haus kann mit vertretbarem Aufwand bewohnbar gemacht werden und könnte zwei Familien ein Zuhause bieten.
Aufgebrachte Walldorfer haben schon ein Transparent angebracht mit der Aufschrift: "Hier verkommt dringend benötigter städtischer Wohnraum", aber außer dem Verdacht, die Kommunisten seien's gewesen, hat es ihnen nichts eingebracht.
Wir meinen, die Stadt sollte schnellstens dafür sorgen, daß das Haus wieder als Wohnraum zur Verfügung steht. Oder will man erst eine Hausbesetzung abwarten? In der DDR wird solches ja auch gutgeheißen - warum also nicht auch in Walldorf.

Alfred J. Arndt

Die erweiterte DKP-Fraktion besichtigte von der Stadt aufgekaufte, aber seit längerem leerstehende noch intakte Wohnhäuser. Hier vor dem Haus Langstraße 88 in Walldorf. Dieses Haus soll von der Stadt abgerissen werden, um Parkplätze für die Gaststätte "Waldenserhof" zu schaffen. Mittlerweile gibt es auch Proteste aus der Bevölkerung. Dieser Tage hing an dem Haus ein Transparent mit der Aufschrift "Hier verkommt dringend benötigter städtischer Wohnraum". Das Haus ist seit 30.8.1988 in städtischem Besitz und ist seitdem unbewohnt.

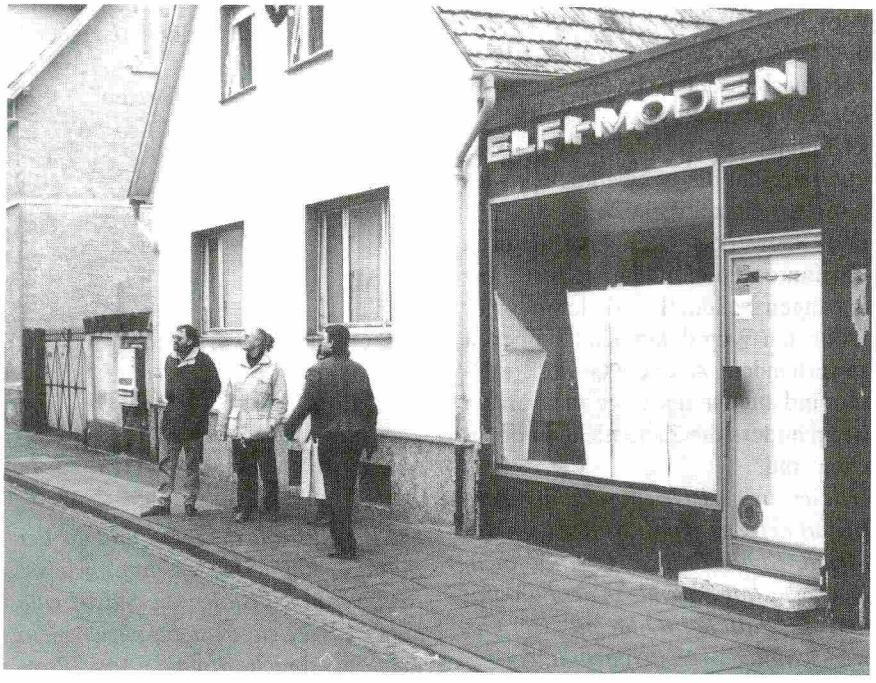


Licht in die Sache bringen!

"blickpunkt" anrufen!

22362

Werden diese Häuser abgerissen?



Zwei städtische Häuser in der Wolfsgartenstraße, Haus Nr. 1, und Haus Nr. 3. Das Haus Nr. 1 ebenfalls Wochen leerstehend, jedoch jetzt bewohnt. Haus Nr. 3, seit Mai 1988 in städtischem Besitz, bis auf eine Wohnung frei seit 30.4.1989.

Haus Frankfurter Straße 6, gekauft von der Stadt seit Juni 1989, Abriß geplant, um eine Durchfahrt vom Parkplatz vor dem Polizeigebäude zur Frankfurter Straße hin zu erreichen. Seit dem Kauf leerstehend.

Unter den Dächern des freien Marktes

Rund 2.000 stehen in unserer Stadt auf der Liste der Wohnungssuchenden und die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt verschärft sich von Tag zu Tag.

Für Bonn waren solche Probleme seit Jahren kein Thema. Geld für den sozialen Wohnungsbau gab's nicht mehr, dafür jetzt die Rechnung: über eine Million fehlender Wohnungen.

1,2 Millionen Wohnungen, so rechnete jetzt der Deutsche Mieterbund hoch, werden effektiv bis Jahresende im Bundesgebiet und in Westberlin fehlen. Eine erschreckend hohe Zahl, deren Veröffentlichung die bundesdeutschen Medien aufhorchen ließ und selbst Bundeswohnungsbauministerin Hasselfeldt (CSU) zu einem entsprechenden Eingeständnis veranlaßte. Und das ohne die seit Monaten geübte Generaleinschränkung, es handele sich um ein neues Problem, verursacht durch die hohe Zahl der Aus- und Übersiedler.

Der letztgenannte Personenkreis wird in der Mieterbund-Stellungnahme sogar ausdrücklich als eine noch nicht kalkulierte, zusätzliche Größe für die Wohnraumsbedarfsermittlung genannt.

Der Mieterbund sieht die insgesamt zu hohen und steigenden Mieten als eine unmittelbare Folge des von ihm errechneten, viel zu knappen Wohnraumangebotes und damit eine Ausgrenzung ganzer Nachfragegruppen. Der Mieterbund: "Die Konsequenz ist, daß die Mieten ganz erheblich steigen und daß es auch einen massiven Verdrängungswettbewerb gibt. Alle die, welche das Geld für teure Wohnungen haben, können ihren Bedarf mehr oder weniger befriedigen, aber auf der Strecke bleiben halt diejenigen, die das Geld für teuren Wohnraum nicht haben oder die aus anderen Gründen am Wohnungsmarkt benachteiligt sind." Wenn in unserem Stadtparlament demnächst die Generaldebatte über die hiesige Wohnungsnot stattfindet, dann muß vor allem an diese Tatsache gedacht werden.

Tarifrunde der IG Metall eingeläutet

Die Forderungen für die Tarifbewegung 1990 in der Metallverarbeitung sind beschlossen. Die IG Metall will:
die 35-Stunden-Woche durchsetzen,
kräftige Einkommenserhöhungen erreichen,
das freie Wochenende sichern.
Außerdem sollen Überstunden stärker begrenzt und durch Freizeit statt Geld ausgeglichen werden. Insbesondere Angestellte und Leistungslöhner will die IG Metall besser gegen Leistungsverdichtung schützen.
Die Metallunternehmer sind mittlerweile auf den Vorschlag der IG Metall eingegangen, vorgezogene Tarifverhandlungen aufzunehmen. Die erste Verhandlungsrunde hat stattgefunden. Aber in der Sache selbst sind die Metallindustriellen unnachgiebig wie zuvor. Sie wollen nur geringe Einkommensverbesserungen zugestehen, über Arbeitszeitverkürzungen frühestens 1995 verhandeln, den Samstag zum Regelarbeitstag machen und für Fachkräfte längere Arbeitszeiten durchsetzen.

Die Metallindustrie kann das Paket aus höheren Einkommen und kürzerer Arbeitszeit verkraften. Eben hat der Sachverständigenrat, Bundesbank und Bundesregierung die hervorragende Gewinnsituation der Industrie un die zurückhaltende Entwicklung bei den Arbeitnehmereinkommen unterstrichen. Die Kassen der Unternehmer sind übervoll, Umverteilung für die ArbeiterInnen und Angestellten ist jetzt unmötig und möglich (wann eigentlich sonst, wenn nicht jetzt?)
Um Argumente nie verlegen, haben konservative Politiker und Unternehmer jetzt die Lage in der DDR und in den anderen Ländern Osteuropas als neues Scheinargument gegen die 35-Stunden-Woche entdeckt: Verzicht sei angesagt, auch auf Arbeitszeitverkürzungen. Geflissentlich wird unterschlagen, daß solcher Verzicht nicht den Menschen in der DDR, sondern einzig den Gewinnen der Unternehmer in der Bundesrepublik zugute käme.
Nichts spricht also für einen Verzicht auf die Forderungen der IG Metall und der IG Medien, ganz im Gegenteil: Unter den Über- und Aussiedlern sind viele Tausende Fachkräfte. Für dieses Jahr werden weitere 300.000 Aus- und Übersiedler erwartet. Der Sachverständigenrat hat festgestellt, daß durch diesen Arbeitskräftezuzug der Abbau von Arbeitslosigkeit schon jetzt mindestens verhindert werde. Das unterstreicht die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzungen.
Die Gewerkschaften praktizieren Tarifautonomie, indem sie ihre Forderungen stellen. Ihre Ziele sind klar. Über den Weg dahin, sind sie bereit zu verhandeln. Aber die Gewerkschaften sind auch in der Lage zu streiken, wenn anders die Ziele nicht zu erreichen sind.
(Dieser Artikel ist leicht verändert dem Leitartikel des Tarifexperten der IG Metall, Klaus Zwickel, übernommen, den er zur Jahreswende in der Funktionärszeitschrift der IG Metall "Der Gewerkschafter", veröffentlicht hat)

DDR-Gewerkschaften fordern Arbeitszeitverkürzung

DDR-Bürger sollen künftig nicht länger als 40 Stunden in der Woche arbeiten. Dies sieht ein Vorschlag des Vorbereitungskomitees für den außerordentlichen FDGB-Kongreß am 31. Januar vor, der in der DDR-Gewerkschaftszeitung "Tribüne" veröffentlicht wurde.

SPD unterstützt Gewerkschaftsforderungen

Die SPD rüstet zur Unterstützung der Gewerkschaften im Kampf für Arbeitszeitverkürzung. Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs fordert alle Gliederungen ihrer Partei auf, die Gewerkschaften zu unterstützen. Die gewerkschaftlichen Forderungen müssen nicht nur aus grundsätzlicher Solidarität unterstützt werden, sondern auch aufgrund "unserer eigenen Überzeugung, daß Arbeitszeitverkürzungen arbeitsmarktpolitisch notwendig und wirtschaftlich vertretbar sind". Aufgabe der SPD sei es, so Anke Fuchs, "die Gewerkschaften in ihrem Kampf für weitere Arbeitszeitverkürzungen solidarisch zu unterstützen und für die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen einzutreten".

Wie wärs mit ein paar Zahlen vom Verfassungsschutz?

Die Bevölkerung der DDR und die der Bundesrepublik wissen nun, wieviel Revolver und Pistolen die Stasi-Leute hatten. Wieviele Post bespitzelten, in Telefongespräche hörten. Am "Runden Tisch" wurde in diesen Tagen von der DDR-Regierung präzise Auskunft gegeben.
Zu spät zwar, aber immerhin. Viel zu hohe Zahlen, aber immerhin Zahlen. Schlimme Informationen, aber immerhin Informationen.
Wann bekommen wir Informationen vom Verfassungsschutz und den anderen Diensten?
Es gab mal "Stern"-Fotos, die zeigten, wie jeden Tag im Morgengrauen säckeweise Post aus der DDR in Dienststellen des Bundesnachrichtendienstes geschleppt wird. Es gibt Listen mit Namen von Politikern der SPD, der Grünen, der Gewerkschaften, auch der DKP und anderen, die an den Grenzen besonders "beachtet" werden sollen. Es knackt im Telefon.
Vielleicht gibt es so präzise Zahlen beim Verfassungsschutz gar nicht. Aber wir könnten doch wenigstens erfahren, wieviel neue Abhöreinrichtungen in diesem Jahr installiert werden. Ganz bescheidene Information. Oder was alles gelagert ist im größten europäischen Geheimdienst-Palast, in dem des Verfassungsschutzes. Es muß nicht gleich ein Runder Tisch sein. Aber 'ne kleine runde Information. Geht das denn wenigstens?

Abgebügelt!

"Wir haben unser Programm auf vier Jahre ausgelegt, darüber hinaus ist kaum etwas möglich - wer nicht dabei ist, ist eben nicht dabei. Wir ziehen unser Programm in den kommenden Jahren durch!" So Bürgermeister Brehl auf dem SPD-Neujahrsempfang.
Sehr demokratisch ist dies zwar nicht, was der "Chef" da formulierte - aber in der Praxis wurde von den Grün-Rosa-Block-Parteien schon so verfahren.
Alle DKP-Anträge, alle Ideen, alle Kreativität, die darin steht, wurden während der Haushaltsberatung abgebügelt. Selbst ein Antrag, der sich gegen die Flughafen-Erweiterungspläne wandte, wurde, sogar mit den Stimmen der Grünen, niedergestimmt.
Bei dieser Ablehnungsorgie kommt eine uralte, aber überlebte SPD-Mentalität zum Vorschein.
Diese Praxis geht so: Möglichst nix bei den anderen zulassen - eventuell Abänderungsanträge stellen - später kann man sich das eine oder andere selbst an die Fahne heften.
Wir sagen überlebt - weil wir einfach lernen müssen, vernünftiger miteinander umzugehen. Natürlich sind nicht alle DKP- oder auch CDU-Initiativen hervorragend. Genauso wie GBL und SPD nicht die kommunale Weisheit mit dem Löffel gefressen haben.
Also muß man doch mehr ab und zu geben - andere miteinbeziehen - in der Diskussion meinetwegen verändern, verbessern - aber doch nicht alles verbauen.
Der SPD-Fraktionsvorsitzende, einer der Konstrukteure der rosa-grünen Koalition, hat es mal formuliert, wenn man die Mehrheit hat, dann wird die Abstimmungssense eingesetzt. Und so rauscht sie denn die Sense.
Wie sagte doch der Bürgermeister: "Wer nicht dabei ist, ist eben nicht dabei. Wir ziehen durch ...!"
Ach ja, wir alle freuen uns gerade über mehr Demokratie in der DDR.

Spenden für den "blickpunkt":
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Abgelehnt!

Völlig unverständlich für die DKP-Fraktion, war die Ablehnung einer Resolution, in der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Diese Resolution richtete an Bund und Land die Aufforderung mehr Geld für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Im vorgeschlagenen Text hieß es u. a.: "Die durch den Zustrom vieler Menschen in unser Land entstandene schwierige soziale Situation darf nicht dazu führen, daß einzelne Bevöikerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Unsere Hilfe gilt allen Beteiligten.
Daß die CDU ablehnte, war klar, aber auch SPD und GBL stimmten dagegen. Warum eigentlich?
Immerhin, ein längerer Teil in dieser Resolution entstammte einer Erklärung der "Gemeinden für den Frieden", miterarbeitet und getragen von Sozialdemokraten und Grünen.

Psychologische Kriegsführung

Während der Startbahn-Auseinandersetzungen behauptete der damalige Innenminister Gries, die DKP hätte "Tagegelder von 35 bis 50 DM" an die Startbahn-Demonstranten gezahlt. Alle Zeitungen der Bundesrepublik druckten diese Lüge ab.
Jetzt gab es einen "Spiegel"-Artikel, in dem behauptet wurde, die DKP hätte eine Geheimarmee unterhalten. Obwohl diverse Verfassungsschützer abwinkten, wurde auch diese Lügen-Geschichte in fast allen Zeitungen der BRD abgedruckt.
In der Erklärung des DKP-Vorstandes zu diesem Vorgang heißt es u.a.: "Es existierte zu keiner Zeit eine geheime Militär-Organisation der DKP. Es existierte zu keiner Zeit ein Militärrat der DKP. Die DKP hat zu jeder Zeit terroristische Aktivitäten klar abgelehnt.
Alle Behauptungen des "Spiegels" und seines "Informanten" widersprechen Statut, Programm und politischer Praxis der DKP. Jede dieser angeblichen Tätigkeiten hätte im Falle ihres Bekanntwerdens den sofortigen Ausschluß wegen parteischädigendem und kriminellen Verhaltens zur Folge gehabt.
Die Kampagne gegen die DKP verfolgt den Zweck, die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland gegen die DKP zu mobilisieren und die DKP in die Nähe von terroristischen Vereinigungen zu bringen. Man will die Mitglieder der DKP verunsichern und die ohnehin schwierige Lage, in der sich unsere Partei befindet, ausnutzen, um die Partei zu zerstören."

Junghuber

"Wir brauchen hier keine Republikaner, wir haben doch den Hugo", war kürzlich an einem Mörfelder Stammtisch zu hören.
Da ist was dran.
Im früheren Mörfelder Stadtparlament gab es trotz harter Diskussionen nie solche gehässigen Zuspitzungen wie im Parlament der Doppelstadt mit Hugo Jung als CDU-Fraktionsvorsitzenden. Kenner der Parlamentsszene, Journalisten, Besucher, Kommunalpolitiker wissen es. Bösartige Provokationen, die manchmal die Sitzungen lähmten, kamen stets aus der rechten Jung-Ecke. Hugo Jung, der sich einmal als "stolzer Antikommunist" bezeichnete, ist ein rechter Scharfmacher, aber kein Mann des Ausgleichs. Dies merkte man jetzt erneut, als er die verlogene "Spiegel"-Räuberpistole aufgriff und damit die DKP in die Nähe von Terroristen rücken will.

Da Jung ein kluger Mann ist und uns kennt, weiß er natürlich, da'die "Spiegel"-Story nicht stimmt. Aber, so ist das Jung-Prinzip, erst mal Dreck werfen, es wird dann schon was hängen bleiben.

Die Methode ist nicht neu, einer der sie gut beherrscht heißt Schönhuber.

Stadtgeschichte

Die Fusion zwischen Familien aus Mörfelden und Walldorf fand auch schon in früheren Jahrzehnten statt und hätte der offiziellen Verbindung, der bis 1977 selbständigen Gemeinden, nicht bedurft. Der Anlaß für unser Foto war die Hochzeit des Ludwig Wilhelm Schulmeyer aus Mörfelden, geb. 1862, mit der Marie Pons (Allet's Marie), geb. 1885, Tochter des damaligen Bürgermeisters von Walldorf (1895-1928) Lorenz Pons, geb. 1858 (Allet's Lorenz) im Jahre 1919.

Die Hochzeit fand in der damaligen Walldorfer Langgasse 80 statt. In der Mitte auf unserem Foto, mit Kind auf dem Schoß, sitzend vor dem Bräutigam, Pfarrer August Eckhardt. Ferner sind auf dem Foto im wesentlichen zwei Familienrichtungen zu sehen, nämlich die Familien Schulmeyer aus Mörfelden und Pons aus Walldorf. Zut FamilieSchulmeyer gehörten die vier Männer mit Spitzbart, und zwar links neben dem Pfarrer, Friedrich Heinrich Schulmeyer, Bürgermeister in Mörfelden 1906-1915 (links daneben der Walldorfer Bürgermeister) sowie der Mann neben der Braut, in Postuniform, Philipp Schulmeyer, der Bräutigam Ludwig Wilhelm Schulmeyer und daneben, mit Zylinder, Georg Heinrich Schulmeyer; oben stehend mit Zylinder und Kind auf dem Arm, Peter Schulmeyer. Interessant ist auch, daß der Mörfelder Bürgermeister, außer seinen neun Enkeln, niemanden mit zur Hochzeitsfeier gebracht hatte.

In der oberen Reihe sieht man noch den Bäckermeister aus Mörfelden Heinrich Zwilling mit Frau, dritte und vierter von links.

FRAUEN FEST 1990

Die Frauen in der DKP bereiten zur Zeit das Frauenfest zum "Internationalen Frauentag 1990" vor.
In diesem Jahr findet es am Sonntag, den 18. März 1990, von 14 bis 20 Uhr in der Stadthalle Walldorf statt.
Näheres im nächsten "blickpunkt".

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362 -